

Stellungnahme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Klimanotstand ist schon da – kommunale Anstrengungen verstärken!“

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich auf ihren letzten beiden Sitzungen intensiv mit dem Thema globale Klimakrise und kommunaler Klimaschutz beschäftigt und dabei die folgende Stellungnahme verabschiedet:

Die verheerenden Folgen des voranschreitenden Klimawandels stellen die Menschen weltweit und lokal vor gravierende aktuelle und längerfristig unabsehbare Probleme. Dennoch nimmt die Menge an Treibhausgasen, die weltweit ausgestoßen werden, weiter zu. Auch Deutschland wird die vereinbarten Klimaziele nicht erreichen. Nachdem in den letzten Jahren trotz besseren Wissens viel zu wenig gegen die fortschreitende Klimakrise unternommen wurde, ist es wissenschaftlicher Konsens, dass uns nun nur noch wenige Jahre bleiben, um die größte Katastrophe abzuwenden.

In vielen Teilen der Erde fallen die Folgen des Klimawandels weitaus gravierender aus als in Deutschland. Aus unserer Sicht ist es im Hinblick auf die vielen Menschen, die ihre Lebensgrundlage schon jetzt verloren haben, absolut berechtigt, von einer Notstandssituation zu sprechen. Doch auch hierzulande sind wir von tiefgreifenden und alle Lebensbereiche betreffenden Auswirkungen betroffen. Dies gilt schon jetzt für uns, in viel dramatischerem Ausmaß aber in der nahen Zukunft für unsere Kinder. So wird zum Beispiel nach Schätzungen der Weltbank in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen. Ohne stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels werden sich außerdem die Kosten der Auswirkungen in Deutschland laut DIW bis zum Jahr 2050 auf insgesamt ca. 800 Milliarden Euro belaufen. Abgesehen von Verschärfungen der globalen Probleme werden auch die lokalen Auswirkungen immer deutlicher zu spüren sein. Laut Angaben des Umweltbundesamtes hat sich Schleswig-Holstein im Zuge des Klimawandels bereits deutlich erwärmt, und verschiedene Auswirkungen (wie z. B. Anstieg des Meeresspiegels oder die Zunahme der Hitzetage) sind schon heute messbar.

Zu den Veränderungen, die für unsere Region noch erwartet werden, zählen dabei die zunehmende Belastung der Geeststandorte aufgrund der trockeneren Sommer, eine weitere Erwärmung der städtischen Bereiche durch Bodenversiegelung, Überlastung der Regenwasserkanalisation durch

kurze, aber heftige Niederschlagsereignisse, und generell das verstärkte Auftreten von Extremereignissen wie Starkregen, Hagel oder Hitze.

Die Lösung der großen Herausforderungen, die mit der notwendigen Reduktion von Treibhausgasemissionen einhergeht, kann nicht alleine durch die Anstrengungen von Einzelpersonen erreicht werden. Politiker auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene müssen sich ihrer Verantwortung stellen und alle in ihrem Wirkungsbereich möglichen Maßnahmen umsetzen, um der drohenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Die Stadt Geesthacht hat schon erste Schritte eingeleitet, um einen Beitrag zur Lösung dieser Herausforderungen zu leisten und sich unter anderem 2012 entschieden, ein Klimaschutzkonzept ausarbeiten zu lassen. Die schrittweise Umsetzung dieses Konzeptes sollte mit dem Beschluss der Ratsversammlung vom 13.03.2015 erfolgen.

In diesem „Integrierten Klimaschutzkonzept für die Stadt Geesthacht“ (im Folgenden „Klimaschutzkonzept“ genannt) werden zahlreiche konkrete Maßnahmen beschrieben, die sich in verschiedenen Stadien der Umsetzung befinden (beispielsweise Ausbau Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden).

Da aber der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen in Geesthacht nach einer Modellrechnung etwa 36% beträgt, sollten nach Auffassung der GRÜNEN-Fraktion insbesondere auf dem Personentransportsektor weitgreifende und mutige Lösungen angegangen und umgesetzt werden als bisher geplant sind. Dazu gehören:

- Den Fahrradverkehr noch massiver als bisher zu unterstützen und Geesthacht sukzessive zu einer Fahrradstadt zu entwickeln. Dazu zählen der weitere, umfangreiche Ausbau der Fahrradinfrastruktur, die Erhöhung der Attraktivität des Elbwanderweges an der K63 sowie die Entwicklung eines Marketingkonzeptes, um eine Identifizierung der Bürger*innen mit „ihrer Fahrradstadt“ und die Erhöhung der Bekanntheit über Geesthacht hinaus zu erreichen. Hierzu sollte das Investitionsvolumen für die Fahrradinfrastruktur massiv erhöht werden.
- Dass Geesthacht den öffentlichen Verkehr noch stärker unterstützt, ausbaut sowie deutlich günstiger und perspektivisch das City-Ticket kostenlos macht. Hierfür sollte auch die Förderung des öffentlichen Busverkehrs durch Bund, Land und Kreis gestärkt werden. Zusätzliche Mittel sollen eingesetzt werden, um folgende Ziele zu erreichen:
 - o Preisreduzierung,

- Taktverdichtung,
 - Ausweitung des Netzes.
- Darüber hinaus sollte sich Geesthacht weiterhin stark für eine Bahnanbindung nach Hamburg machen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ein solches zukunftsweisendes Verkehrsprojekt zu realisieren.
 - Dass Geesthacht Möglichkeiten für eine perspektivische Integration vom autonomen Personenverkehr in den öffentlichen Nahverkehr prüft. Auch wenn die Technologie zurzeit noch in der Testphase ist (aktuell z. B. in Lauenburg) birgt sie Studien zufolge ein sehr hohes Potential, Quantensprünge im Hinblick auf effizientere Fahrzeugnutzung und verringerte Mobilitätskosten zu ermöglichen.
 - In der Verkehrsplanung sollten für den ruhenden Verkehr spezielle Maßnahmen getroffen werden, die das Autofahren nicht bevorzugen und eine Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen. Zu diesem Zweck geeignete Maßnahmen sind unter anderem das Bepreisen von Parkraum mittels Parkgebühr, das Wegfallen von Parkplätzen oder das Anordnen von speziellen Regelungen bezüglich der Parkdauer (z. B. Vorrang für E-Autos). Es ist darauf hinzuweisen, dass kein Anrecht auf einen Parkstand im öffentlichen Raum besteht. Kommunen sind keineswegs verpflichtet, Anwohner*innen das Parken vor ihrer Wohnung oder nahe von Einkaufsmöglichkeiten zu ermöglichen.
 - Im gleichen Zuge sollte die städtische Infrastruktur für Fußgänger, Fahrradfahrer und Nutzer*innen Öffentlicher Verkehrsmittel weiter verbessert werden (kurze Wegestrecken, Erholungsräume, Treffpunkte, Pausenzonen, barrierefreier Zugang zu den Bussen und Haltestellen).
 - Einstellung aller Planungen zur Geesthachter Umgehungsstraße: Durch den Bau dieser Straße werden Waldflächen vernichtet, die einen wichtigen CO₂-Speicher darstellen, das Artensterben beschleunigt und zusätzlicher Verkehr auf das Geesthachter Stadtgebiet und die weitere Umgebung gezogen. Das widerspricht allen kommunalen Anstrengungen zu einem wirksamen Klimaschutz.

- Ferner sind ergänzende Maßnahmen für einen stärkeren Klimaschutz vor Ort auszuarbeiten, hierzu zählen: eine Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes nach neuen Erkenntnissen (z.B. dem IPCC 1.5 °C Report) sowie eine kontinuierliche Erhöhung der Menge an CO₂, die durch Pflanzen im Stadtgebiet dauerhaft gebunden wird. Hierfür ist eine Ausweitung städtischer Grünflächen sowie eine Verringerung der Flächenversiegelung erforderlich.
- In allen Vorlagen und Planungen der Stadt Geesthacht sind die Auswirkungen auf Klimaverträglichkeit darzustellen. In neuen Baugebieten wird für städtische Grundstücke über Bauleitplanung sichergestellt, dass alle Neubauten in der Jahresbilanz ihrer Energie- und Wärmeversorgung klimaneutral sind.
- Im Ausschuss für Umwelt und Energie sollte zeitnah über den Umsetzungsstand der einzelnen im Klimaschutzkonzept vereinbarten Maßnahmen berichtet werden. Dabei sollten schnelle und praktikable Lösungen für die Umsetzung noch ausstehender Maßnahmen entwickelt werden. Dabei sind die Aufgaben des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe zu betrachten, die viele Verwaltungsbereiche betrifft.

Die Grüne Fraktion wird auf Basis dieser Ausarbeitung für die kommende Sitzung der Ratsversammlung am 15.11.2019 entsprechende Anträge stellen, die diese Erkenntnisse untermauern und helfen den Klimaschutz zu unterstützen.

Für die Fraktion

Ali Demirhan